

**E 33 - NR/XVII.GP.**E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 14. Dezember 1987

anlässlich der Verhandlung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1988 samt Anlagen (280, Zu 280 und 380 der Beilagen), Beratungsgruppe V, Justiz  
betreffend Horror-Videos

Die Bundesregierung wird ersucht, so bald als möglich Gespräche mit den Erzeugern, Verleihern, Importeuren und Händlern von Videos aufzunehmen, um zu wirksamen Maßnahmen der Selbstbeschränkung zu kommen, damit derartige Produkte in Hinkunft in Österreich nicht mehr angeboten werden. Dies sollte Verbotsnormen, die in ihrem Vollzug problematisch sind, verzichtbar machen.